

Bezugspreis

Der halbe vierteljährlich 2,50 M., bei...
Dr. Wilhelm Winkler in Halle.

Saale-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren...
Schiffstellung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 452.

Halle a. d. Saale, Montag, den 26. September

1904.

Bezugs-Einladung.

Der Herbst steht vor der Tür! Mit seinem Einzug beginnt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ein neuer Abschnitt: Die Volkvertretungen des Reiches, der Einzelstaaten und der Stadt rüsten sich zu frischen Kämpfen.

Saale-Zeitung

hiermit höflichst einzuladen. Diese bedarf einer Darlegung ihres Programms oder Anpreisung ihres Inhaltes nicht. Sie ist anerkanntermaßen seit Jahrzehnten eine große und selbständige, von keiner Partei abhängige

Saale-Zeitung

freimütig und gewissenhaft, in vornehmem und echt liberalem Sinne beleuchtet werden. Die umfangreiche parlamentarische Berichterstattung erfolgt auf schnellstem Wege. Ein ausgedehnter Redaktionsapparat ermöglicht die sorgfältigste

Besondere Sorgfalt verwendet die Saale-Zeitung auf den Handelsteil. Sie bringt stets bereits in ihrer Abendausgabe die Nachmittags-Kurse und sonstigen Nachrichten der Berliner Börse und berückichtigt eingehend

Die tägliche Unterhaltungsbeilage bringt nur Romane erster Autorität, so z. B. den mit ungeteiltem Beifall aufgenommenen Roman „Arme Ritter“ von der berühmten Marie Madelaine, der die Leser hier auf einem

Gräfin Arnan

Roman von Otto Bach

ein Werk spannend im besten Sinne, voll treffender Milieuschilderungen und interessantester Charakteristik. Weitere Romane aus bekannter Feder werden folgen. Novellen, Plaudereien und Essays vervollständigen den Inhalt

So ist die Saale-Zeitung, die täglich zweimal erscheint, ein großes und reichhaltiges und doch billiges Blatt, das an Zuverlässigkeit und Gediegenheit von keiner anderen Zeitung Mitteldeutschlands übertroffen wird.

Der vierteljährliche Abonnementpreis für die „Saale-Zeitung“ mit Einschluß sämtlicher Beiblätter beträgt bei unseren Geschäftsstellen und auswärtigen Filialen 2,50 Mark bei täglich einmaliger, 2,75 Mark bei zweimaliger

Verlag der „Saale-Zeitung“

Denkmalpflege.

Die Denkmalpflege in Deutschland.

In diesem Montag tritt in Mainz zum fünften Male der „Tag für Denkmalpflege“ zu zweitägigen Verhandlungen zusammen. Die Themen, die dort von berufenen Sachleuten erörtert werden, beziehen sich auf bedeutame Einzelfragen des weiten Gebietes, wie Erhaltung von Denkmälern, Sicherhaltung, Inventarisierung von Altertumsfindungen, Beleggebung usw.

Auch die Denkmalpflege hat ihre Wurzeln in Empfindungen, die dem modernen Menschen so ganz natürlich erscheinen und die doch seine Vorfahren nicht gekannt haben. Unbekümmert legte der Grieche die Bauten seiner Väter nieder oder er modellierte sie seinen Bedürfnissen gemäß um, es sei denn, daß das Alter etwa einen Tempel eine besondere Heiligkeit verliehen hatte; der altchristlichen Baumeister dienten die

Wieder ist es die Romantik gewesen, die diesen historischen Sinn in uns gepflanzt hat. Gewiß hat es schon früher nicht an vereinzelten Anregungen gefehlt, den alten Denkmälern Schutz angedeihen zu lassen. Hatte doch selbst Raphael neben seinen vielen andern Aemtern auch dies, die

entwickelt, das bis heute auf diesem Gebiete vorbildlich geblieben ist. Die Stürme der Revolution, die manch ehrwürdiges Kunstdenkmäl

in den ersten Jahren zu einer Reaktion, indem man durch Dekrete diese Zerstückelung zu dämpfen suchte. Es mußte jedoch erst die romantische Stimmung die Gemüter befeuern, ehe es zu umfassenderen Maßregeln kam. So predigte Viktor Hugo im Beginn der dreißiger Jahre „Krieg den Zerstückelern“. Dichter, Baumeister und Geschichtsforscher wirkten einmütig in diesem Sinne zusammen, und so wurde im Jahre 1830 die „Generalinspektion für die historischen Denkmäler“ und 1837 die „Kommission der historischen Denkmäler“ gebildet, die bis heute für alle diese Ver

Wie steht es aber in Deutschland? Anregungen in Halle und Halle, auch viele einzelne und zum Teil schon recht alte behördliche Beratungen und organisatorische Maßnahmen; aber zu den durchgreifenden gesetzlichen Regelungen, die von den Freunden der Denkmalpflege immer wieder gefordert

Ergibt sich aus den Wandlungen der Agrarpolitik, daß dem Großbetriebe Schranken gezogen sind und aus staatswirtschaftlichen Gründen auf die Schaffung eines Kräftigen Bauernstandes, wo er verloren gegangen ist, Bedacht genommen wird, so können wir die Lehre auch für das Gemeschener verwenden. Eine an das lässliche Unterfangen denken zu wollen, die Fabrik wieder anzustellen oder ihrer geübten Weiterentwicklung künstliche Beschränkungen aufzuerlegen, haben Staats- und Kommunalbehörden die Aufgabe, das Handwerk an dem Punkte zu fesseln, wo es dauernd der Fabrik Konkurrenz machen kann. Das sind alle die Betriebe des Handwerks, auf denen es mit Massenproduktion nicht getan ist, und wo der Wert der individuellen Arbeit erkennlich bleibt, den die Maschine niemals ersetzen kann. Im Kunsthandwerk ist die persönliche Leistung nahezu alles — aber auch in fast allen andern Handwerken bedeutet sie noch heute sehr viel. Hier ist durch staatliche Fürsorge für die theoretische Ausbildung der angehenden Handwerker durch tüchtige Schulen zu sorgen und den Handwerkern durch Ausstellungen, Vorbereitung bedächtigster Arbeitsmethoden und praktischer Hilfsmaßnahmen, durch Lehrkurse und Ausbau der Meisterkurse Gelegenheit zu geben, ihren Betrieb zu stärken und zu modernisieren, wie möglich zu gestalten. Das weitere muß die Organisation des deutschen Handwerks zu Ein- und Verkaufsgenossenschaften tun. Durch hier muß die Kontrolle: tafällige Erhaltung des Mittelstandes durch besondere Fürsorge, ohne damit prinzipiell den Boden der Gewerbefreiheit zu verlassen, der sich gerade in Zeiten des Ueberganges zu neuen Betriebsformen für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung moderner Staaten als gegenständig erwiesen hat.

## Deutsches Reich.

### Volks- und Personalwahlen.

— Aus Gelsenbande wird vom 25. Sept. gemeldet: Der Kronprinz ist heute abend 8 Uhr nach Ulm a. d. Elbe abgereist.  
— Aus Dresden wird vom 25. Sept. berichtet: Die in unwürdigen Weisen verbreitete Meinung, daß der Zustand des Königs bedauerlich sei, ist unrichtig. Der König hat eine gute Nacht gehabt; sein Zustand ist zufriedenstellend.

### Dank der Fürstin Bismarck.

Die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichen folgende Danksagung der Fürstin Bismarck:  
„Friedrichsruh, 24. Sept. Während der Krankheit und nach dem Tode meines geliebten Mannes sind mir aus allen Breiten vieler Freunde und Bekannten Briefe und Zuschriften von nah und fern so viele Beweise der Teilnahme zugegangen, daß es mir leider unmöglich ist, ihre Menge beiseite zu lassen. Ich werde den Bittungen dankbar sein, wenn sie durch die Mitnahme dieser Worte allen, die in den letzten Tagen meiner und meines Mannes mit Liebe gekämpft und ihr Möglichstes zur Erhaltung der prächtigen Blumen zu meinem Andenken gebracht haben, meinen warmen und herzlichen Dank bezeugen wollen.“  
Fürstin Bismarck.

### Proportionalwahlrecht und Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie war legitim in den Widerspruch aufzuweisen gemacht worden, daß sie zwar das Proportionalwahlrecht, d. h. die Verteilung der Mandate an die Parteien nach der Zahl der überhabten im Deutschen Reich auf sie entfallenden Stimmen anerkennend, aber bei den Wahlen, wo sie in der Mehrheit ist, nicht daran denkt, es der Minderheit zu gewähren. Der Widerspruch erwidert man mit einer langen Auseinandersetzung, deren kurzer Inhalt etwa ist: „Sowohl in meinen Augen, auch in denen der Nation, d. h. in der bürgerlichen Gesellschaft, so nicht das Proportionalwahlrecht für die Reichstagswahlen, sondern es ist ihr nicht für die Kreisparlamenten. Die Reichstagswahl,“ bemerkt dazu mit kolossalischer Selbstliebe: „Man sollte überall die Verhältnisse berücksichtigen, weil sie gerecht ist; das gilt gegenüber den sozialdemokratischen Mehrheiten, wie gegenüber denen anderer Minderheiten.“

Wohin die Gewährung des Proportionalwahlrechts heute führen würde, ergibt eine Betrachtung der gegenwärtigen Stimmengablen. Nehmen wir einmal unter Zugrundelegung der Stimmen der letzten Reichstagswahlen einige Regierungsgesetze, an denen das Zentrum interessiert ist, als Beispiel. Im Regierungsgesetz Düsseldorf erhielten die Sozialdemokraten etwa 150,000 Stimmen von 460,000; sie würden demnach beim Proportionalwahlrecht ein Drittel, d. h. 4 von 12 Mandate dieses Regierungsgesetzes bekommen müssen, während sie nur 3 erhalten haben. In der Reichstagswahl erhielten die beiden radikalen und sozialistischen Parteien, Sozialdemokraten und radikale Polen, 28,000 gegen 44,000 Stimmen von insgesamt 250,000. Demnach hätten sie Anspruch auf 1 + 2 von den 12 oberstehenden Mandaten, während sie so nur eins erhalten

haben. Ebensoviele würden in Oberhausen die Sozialdemokraten fünf Mandate bekommen, drei Anspruchsvollen können, im Regierungsgesetz Köln, wo sie nur zwei noch gar keine haben, werden zwei, im Regierungsgesetz München, wo sie ebenfalls nicht fünf, ein Mandat. Anderen bürgerlichen Parteien würde es bei der Verteilung ebenfalls noch nicht ergehen. Die Konserwativen, die in den Regierungsgesetzen die Mehrheit und die bürgerlichen Parteien, die in den Reichstagswahlen die Mehrheit bekommen würden, würden für dann 3-4 Sitze einzunehmen haben; im Regierungsgesetz Potsdam würden sie den Sozialdemokraten 5 Mandate einräumen müssen, statt jetzt 3, und im Großherzogtum Mecklenburg-Schwern 2, statt jetzt 1. Mehrliche Eingaben würden die Freisinnigen in Nieder-Sachsen, die Nationalliberalen und Welfen in der Provinz Hannover erleben.

Wir verstehen nicht, daß in einigen wenigen Gebieten, beispielsweise im Königreich Sachsen und in Hamburg die Sozialdemokraten einige Mandate an die bürgerlichen Parteien abgeben müssen, aber alles in allem würden die Sozialdemokraten bei der Einführung des Proportionalwahlrechts den Löwenanteil an neuen Mandaten erhalten. Das ist ja auch schon daraus hervor, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen von 1903 30, Proz., also nahezu 1/3 aller abgegebenen Stimmen, aber nur 1/5 der Reichstagsmandate bekommen haben. Wie die Sozialdemokratie nicht aufsteht, Klassenverehrung und Einigkeit gegen die gesamte nichtproletarische Gesellschaft als politischen Selbstzweck zu betreiben, ist eine politische Minderheitspartei im Staat durchaus unerwünscht. Sie würde nicht Verzeihen, sondern Gegenüber erweisen müssen. Gerade weil wir nicht wünschen, daß das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht befristet oder beschränkt wird, müssen wir uns gegen das Proportionalwahlrecht, das praktisch heute auf eine Forderung der parlamentarischen Macht der Sozialdemokratie hinauslaufen würde, erklären. Wenn die Verwirklichung derartiger Forderungen würde nur die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheit der Sozialdemokratie gewaltig näher rücken und damit, wie die Verhältnisse bei uns liegen, auch die Möglichkeit einer Verleugnung oder starken Einschränkung des Reichstagswahlrechts. Ein Recht aber auszuüben, mit der großen Mehrheitsmacht vorzugehen, damit in wenigen Jahren eine Umwälzung hinter den gegenwärtigen Zustand zu erreichen, wäre alles eher als staatsmännlich.

### Politisches.

— Justizminister Rubiner läßt zu seinem neuerlichen Vorgehen gegen die Redaktionen Viermann und Schweigert vom Reichstagspräsident folgende Erklärung durch den Oberbürgermeister „Grenzlinger“ veröffentlichen:

„Als der „Reichsbote“ Anfang August d. J. seine schon im März angelegentlich verurteilende Besprechungen, ich hätte vor Gericht und im Landtage die Unaufrichtigkeit gezeigt, wiederholte, habe ich geurteilt, diese Besprechungen auch jetzt, wie im März, nicht absetzen zu können, denn ich hätte in im März in der viermaligen Privatgespräche vom Gericht abgesetzt lassen, das die Besprechungen erlösen lassen und man mir damals in der Reichstagswahl glauben schenkte, meinte ich auch jetzt auf diesen Glauben bauen zu können; es war ja inzwischen gar nichts geschehen, was eine Änderung der Auffassung hätte herbeiführen können. Als ich dann aber am letzten Sonntagabend von meinem längeren Urlaub nach Berlin zurückkehrte, erhielt ich, wie ich schon Anfang d. J. in Reichstagswahl gegen mich angenommen und wie sie es offenbar zu Wege gebracht hatten, die wirtliche öffentliche Meinung völlig zu verwirren. Ich habe darauf sofort Strafantrag gegen den damaligen Redakteur des „Reichsboten“, Schweigert, gestellt, und habe solchen Strafantrag gegen einen solchen gegen den Redakteur Viermann wegen der in der heutigen Nummer enthaltenen gleichen Besprechungen nachgeschickt.“

— Einer Korrespondenz zufolge sollte die jüngst abgehaltene Vernehmung der ausländischen Regierungsbotschaft des Ergebnis, daß jetzt eine genaue Anweisung zur Ausübung des Vorkriegsstandes der Aufstellungsgesellschaft angeordnet wird.

### Wirtschaftliches.

— Zur Verlegung des Korvettenkapitäns Gummie in die Hamburg-Amerika-Linie schreibt die „Hf. Ztg.“: Gummie wird die nautische Abteilung der Reederei zu leiten haben. Er wird der Reederei 100,000 Mark Kapital und etwa 11,000 Mark der Gehalts, ihm liegt der Aufbruch zum Dienst im Osten ob, und auch bei den Beratungen über Schiffsbauarbeiten wird er hinzugezogen werden. Die Anregung zum Eintritt des hiesigen Fliegenhelfers Wilhelm II. in die Direktion der Gesellschaft, wie man dort, tatsächlich von Kaiser und Kaiserin, wobei dem Generaldirektor Müller zu einer gewissen Entlastung, in keiner Weise unangenehm und anstrengender Arbeit versehen wollte.

— Berliner Blätter veröffentlichen ein Schreiben der Dresdener Bank an das Amtsgericht vom 24. Sept. Der Antrag enthält, sie zu ermächtigen, die von der Hibernaverwaltung abgelehnten Punkte des Antrags vom 12. Sept. nachträglich auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen. Der Antrag bietet ferner, das Gericht

über die Forderung des Vorstehers in dieser Veranlassung Bestimmung treffen für den Fall, daß die oben genannten Aufsichtsratsmitglieder keinen oder den Rest abgeben oder sich anderen dem, daß sie 26,751,000 M. Hibernakapital, also die Wert der des Kapitals, beiste.

### Kirche und Schul.

— Kirchlichen Kreisen bereitet es Schmerzen, daß die Forderung nach Vereinfachung der geistlichen Schulausbildung in ihnen nahe liegenden Kreisen sich immer stärker geltend macht. Der „Allg. Staats“- hat bezüglich: Man kann nicht verbergen, daß die Zahl der Gegner nicht bloß unter der Lehrtätigkeit, sondern vor allem auch unter der Geistlichkeit selber beträchtlich wächst. Die Synoden des Reiches haben sich im Laufe des Sommer mit überwiegender Mehrheit gegen die Beibehaltung der geistlichen Ordinationsprüfung ausgesprochen, und eben wird gemeinlich, daß auch der Deutsche Pfarrvereinstag nach lebhaften Verhandlungen eine zweifelhafte Stellung eingenommen habe. Wir können diese Verhältnisse nur lebhaft bedauern.“ — Wir nicht. Denn mit der Vereinfachung der geistlichen Schulausbildung würde nur mit einem veränderten kirchlichen Vorrecht aufgegeben werden, das in die Zukunft nicht mehr hineingehört und nur ein wenig für die weitere Entwicklung der Volksschule ist. Denn das Volk die Lehrtätigkeit damit abzugeben versucht, daß der bürokratische Verfallszustand, zumal wenn er aus der Lehrtätigkeit selbst hervorgeht, ein recht unheimlicher Mann ist, so werden die Lehrer wohl Unbegreiflichkeiten gegen in den Kreis nehmen; können was der geistliche Aufsteher sicherlich in den allermeisten Fällen ein recht nicht. Soll die Volksschule ihre Aufgabe im Volksschule erfüllen, dann muß sie frei von kirchlicher Vereinfachung und Beschränkung sein. Deshalb muß immer wieder gefordert werden, daß die Anzahl aller Volksschule in die Hände von praktisch freiwähligen und pädagogisch gebildeten Fachleuten gelegt wird.

### Parlamentarisches.

— Im Reichstagswahlkreise Friedrichshagen I und II, der durch den Tod des Fürsten Bismarck frei geworden ist, scheint die Lösung der Kandidatenfrage bei der sogenannten „nationalen“ Parteien auf Schwierigkeiten zu stoßen. Solange Fürst Herbert Bismarck in Frage kam, war er selbstverständlich der geeignete Kandidat für die „nationalen“ Parteien, von der Nationalliberalen bis zu den extremsten Agrariern, ohne weiteres einstraten. Jetzt aber ist es anders geworden. Die einzelnen „nationalen“ Gruppen, die sich bisher einträchtig um den Namen Bismarck gehort hatten, erheben jetzt Anspruch darauf, den Kandidaten zu stellen. Selbstverständlich betragen die Konserwativen den Wahlkreis alle „nationalen“ Parteien, von der Nationalliberalen bis zu den extremsten Agrariern, ohne weiteres einstraten. Jetzt aber ist es anders geworden. Die einzelnen „nationalen“ Gruppen, die sich bisher einträchtig um den Namen Bismarck gehort hatten, erheben jetzt Anspruch darauf, den Kandidaten zu stellen. Selbstverständlich betragen die Konserwativen den Wahlkreis alle „nationalen“ Parteien, von der Nationalliberalen bis zu den extremsten Agrariern, ohne weiteres einstraten. Jetzt aber ist es anders geworden. Die einzelnen „nationalen“ Gruppen, die sich bisher einträchtig um den Namen Bismarck gehort hatten, erheben jetzt Anspruch darauf, den Kandidaten zu stellen. Selbstverständlich betragen die Konserwativen den Wahlkreis alle „nationalen“ Parteien, von der Nationalliberalen bis zu den extremsten Agrariern, ohne weiteres einstraten.

— Der in Vichaffenburg tagende Parteitag der süddeutschen Volkspartei sprach sich für völlige Öffentlichkeit im Wahlverfahren und für Zusammenfassung der bürgerlichen Werten (freiwähligen Volkspartei, freiwähligen Vereinigung und süddeutschen Volkspartei) und stellte zur Wahlfrage folgende Resolutionen auf: „Unbedingte Parteierhaltung der Simultanschule, wo sie besteht, Schöpfung, wo sie noch fehlt. Dem Provinzialparlament dürfen aus konstitutionellen dogmatischen Rücksichten keinerlei Fesseln auferlegt werden. An die Stelle der geistlichen Schulausbildung hat die Staatsschule zu treten. Die geistliche Schulausbildung soll, wie die bürgerliche Schulausbildung, öffentlich denkenden Volkselementen, sich im Kampf um und für die Volksschule zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzufinden.“

### Parteiwahlen.

— Die „Berl. Pol. Nachr.“ melden, dem Landtage werde wieder eine Vorlage zur Wohnhausbeschaffung für Interesse sich im 19. Jahrhundert den alten Bauwerkstoff in einer unrichtigen Verwendung zuwenden, da hatte man sich sehr bestimmte Empfindungen von jedem Stil, und was einem Restaurator an einem Bauwerke nicht dazu zu passen schien, das galt als spätere Zusatz und wurde unbekümmert entfernt. Der moderne Restaurator geht anders vor. Mit einem ungeheuren wissenschaftlichen Mühe geht er an seine Aufgabe, um über das Wesen des Bauwerkes Aufschluß zu erhalten und es dann mit möglicher Treue im Sinne des ursprünglichen Planes zu ergänzen; jedes Hervorzuheben der eigenen Kunstfertigkeit soll dabei strengstens vermieden werden. Aber eine völlige Sicherheit muß kaum je zu erzielen sein, und wenn es gelang, hätte dann der Bau wirklich den Wert für unser Volkswesen ein alter? Er gibt sich als Bau im echten Gewande einer alten Zeit, und er ist es doch nicht. Das moderne Empfinden wird nie über diesen Zweckpunkt hinwegkommen, sondern ein solches Tun immer als eine Fälschung ansehen. Es handelt sich hier doch um Werte in unserer Gesellschaft, die sich eingewurzelt sind in uns und die weit entfernt von der verurteilenden Empfindlichkeit die am härtesten etwa durch die Bürger im Monarchie angezogen werden; aber wir haben und zeigen in uns die Ehrlichkeit vor den Denkmalen unserer Geschichte, die wie Symbole des ewigen Bestehens und Bestehens vor uns stehen. Bewußt wird man den Verfall zu lange als möglich hinzuhalten haben; man wird jedoch dem Alter nicht sein ephemerisches Aussehen rauben. Es ist doch nicht allein die Form, durch die uns diese Monumente festhalten, sondern immer werden sie uns auch durch die stark mitwirkende Empfindung, daß sie die Zeugen einer großen Geschichte waren, in ihrem Mann zeigen. D. K.

werden muß, ist es noch nicht gekommen, abgesehen von der einen rühmlichen Ausnahme des Großherzogtums Hessen, das seit 1902 ein solches Gesetz hat.

Worin besteht nun diese Denkmalspflege? Ihr Gegenstand, die Denkmäler, ist nicht so leicht sofort zu bestimmen, aber es braucht auch nicht vieler Worte; man wird sich im allgemeinen darüber klar sein, daß es sich um die unbeweglichen und auch beweglichen Denkmäler handelt, die entweder durch hohe geschichtliche Bedeutung oder durch Kunstwert oder auch durch beides von Wert für uns sind. Die Berücksichtigung dabei ist freilich erheblichen Schwankungen unterworfen. Neuerdings betont man aber auch mit besonderem Nachdruck, daß auch die Naturdenkmäler einbezogen werden müssen; das am 30. März d. J. unter großer Beteiligung von Kinnlern und Gelehrten in Dresden gegründete „Verein Deutscher“ hat sich als Programm gesetzt, die deutsche Heimat mit ihren Denkmälern und der Poesie ihrer Natur vor weiterer Verwahrlosung zu schützen. Neben der Denkmalspflege will er den Schutz des Landschaftsbildes, einschließlich der Ruinen; Rettung der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie der geologischen Eigentümlichkeiten; Fortschritt auf dem Gebiet der beweglichen Gegenstände und Sitten, Gebräuche, Feste und Traditionen. Schwieriger ist die Frage, worin die „Pflege“ der Denkmäler zu bestehen hat. Hier greift das vielumstrittene Problem der „Restauration“, der Wiederherstellung alter Bauwerke, ein. Darüber kann zwar kein Zweifel bestehen, daß mit der Denkmalspflege im eigentlichen Sinne die Wiederherstellung verfallener Bauten nichts zu tun hat. Sie hat immer nur zu sichern und zu erhalten, was uns als teures Erbe von den Vätern überkommen ist; und wenn diese Pflicht bauliche Eingriffe erforderlich macht, so wird sie ihre Aufgabe darin sehen, daß der alte Bestand des Bauwerks zu wenig als möglich geändert wird. Von ihrem Standpunkt wird sie all die Wiederherstellungsversuche

von vornherein ablehnen, und fügen wir gleich hinzu, diese Anhängung dringt in der Tat hierdurch.

So einfach werden sich aber die Verfechter der „Restaurationen“ nicht abweisen lassen, und wir leben gerade in einem Falle, wie dem des Heibelberger Schlosses, mit welcher Hartnäckigkeit sie an ihren Plänen festhalten. Auch sie wollen doch nur das Beste für die von beiden Parteien gleich hochgeachtete Ruine des Ottoheimrichsbau; nur behaupten sie, das herrliche Bauwerk wäre bei seinem bedrohlichen Zustand, der durch eine laudwürdige Untersuchung festgestellt ist, nicht anders zu retten als durch einen entschlosseneren Eingriff. Wenn sie freilich weiter behaupten, eine Überdachung durch eine Notkonstruktion würde den schönen Eindruck vernichten und man müßte, im Sinne des ursprünglichen Planes, einen großen Doppelturm aufsetzen, so ist damit bereits der Boden des Zweifelschleifens betreten; und nach den neuesten Untersuchungen über die ursprüngliche Gestalt scheint es sogar sicher, daß diese Annahme falsch war, daß also die „Annäherung“, die den Urheber des Planes geleitet haben soll, doch nicht das richtige hat treffen können. Aber gleichwohl, es erhebt sich die Frage, ist es überhaupt angängig, einen Bauwerk Grund und Fundamenten Hypothesen eine bestimmte Rekonstruktion zu geben, die nur ein für alle Male feststeht? Beißt es nicht ein Dokument der Geschichte fälschen, indem man Epochenkommander immer mehr unbefangenen Auges gegenübertritt kann? Wo ist in unserer durch architektonische Schöpferkraft doch nicht hervorragenden Zeit der Mann, der unerschütterlich sagen könnte, er habe das allein richtige getroffen? Und ist beutzutage auch nur die technische Möglichkeit solcher Bauausführungen, die echt wirken, gegeben? Die Anhängungen über das Restaurieren haben sich aber auch bei den Anhängern dieser Verrückung sehr geändert. Die ganze Kunst ist kaum hundert Jahre alt. Als das





